

Beitreib-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleine Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 M. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 P. — Fernsprecher: Uni Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeinderats-Girokonto Nr. 3. — Postkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Meldungstele: Die jedeshalbstündliche Meldung wird unter der Nummer 200 abgesetzt. — Preis: im amtlichen Sinn von 200 P. (Beburden) die Seite 200 P. — Girokonto und Postkonto 200 P.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebue. — Druck und Verlag: Carl Gebue in Dippoldiswalde.

Nr. 32

Dienstag den 7. Februar 1922

88. Jahrgang

Hertliches und Sachsisches.

Dippoldiswalde. Der Tanzabend gestern in der "Reichskrone" nahm seinen Anfang mit der Mitteilung, daß infolge Verkehrsschwierigkeiten Herr Schade, der verreist sei, nicht erscheinen könne, und daß ein Bruder der Tänzerin und eine Dame, deren Namen wir nicht versiehen konnten, als Ersatz Rezitationen darbieten würden. Das war wenig erfreulich. Dennoch wenn man für 8 oder 10 Mark einen Berechtigungschein auf den Genuss von Tanzkunst erwirkt, will man schließlich auch tanzen können. Doch die Sache machte sich noch nicht nur die wieder vorgänglichen Leistungen von Alice Hitler fanden die verdiente Anerkennung, sondern fast noch mehr die Rezitationen. Besonders die heiteren versetzten das Publikum in eine so dankbare Stimmung, daß es darüber den Streich vergaß, den ihm indirekt die Eisenbahn gespielt hatte. Man lacht ja so gern. Von den Darbietungen auf dem Klavier, für welche die nötige Ruhe nicht ohne Mühe hergestellt wurde, sind besondere Anerkennung eine ungarnische Papapodie. Und so war man schließlich eben überhaupt zufrieden. Aber ein Tanzabend wares eigentlich nicht.

Heute Montag ist wieder die gesamte Postverbindung unterbrochen; alle Briefsachen sind ausgeblieben, aber Dank dem Entgegenkommen mehrerer hiesiger Schlittenbesitzer, die Fuhrwerk zur Verfügung stellten, wird heute mittag ein Posteingang möglich sein, der nachmittags zur Austragung gelangt.

Am gestrigen Sonntag war der Verkehr in unserer Stadt durch die Sportler ein ganz bedeutender, trotzdem der Eisenbahnverkehr immer noch lähm gelegt ward. Infolge des Eisenbahnstreiks war natürlich in Dresden der Andrang na chdem Auto ein enormer und bei der Beschränktheit des Wagens selbstens der Passagiere leider ein recht rücksichtsloser, sogenannte wurde das weibliche Geschlecht einfach bei Seite gedrängt und in den Schnee geworfen. — Aus dem oberen Gebirge meldet man äußerst schwachen Sportbetrieb.

Die staatlichen Kraftwagen werden gut benutzt, trotzdem ziemlich hohen Preise. Es kostet beispielweise eine Fahrt von Dresden bis Schandau oder Freiberg 80 M., bis Leipzig 250 M. und bis Berlin 500 M.

Für morgen Dienstag war bekanntlich vom Gewerbeverein ein Rosegger-Abend vorgesehen und für denselben Herr Plattensteiner aus Wien gewonnen. Durch den Eisenbahnstreik war die Sache selbstverständlich unsicher geworden. Auf telefonische Anfrage beim Dresdner Gewerbeverein, wo Herr Plattensteiner heute (Montag) abend spricht, erhielten wir die Mitteilung, daß dort vor zwei Tagen eine Postkarte des Redners aus Berlin einging, daß er bestimmt kommt trotz der Verkehrsschwierigkeiten. Damit ist auch der hiesige Vortrag gesichert, auf den empfehlend auch an dieser Stelle hingewiesen sei. Wer einmal einen Rosegger-abend besucht, ging nicht unbefriedigt nach Hause. Das steht auch von dieser Veranstaltung mit gutem Grunde zu erwarten.

Die Gewinnliste der vierten sächsischen Landeswohlfahrts-Gedolotterie, am 23. bis 30. Januar in Dresden gegangen, liegt in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aus.

Schmiedeberg. Sonderkursus für Stenographie. In der ersten Monatsversammlung im neuen Vereinsjahr entschloß sich der Stenographen-Verein "Gabelsberger", Schmiedeberg, dazu, einen Sonderkursus in Stenographie für ältere Damen und Herren einzurichten. Der Kursus soll ein ganzjähriger sein. Der Kursusleiter gesucht, bei strenger, pünktlicher Durchführung von wöchentlich 1—1½ Stunde und ein bisschen Hausschule bis Michaelis die Verkehrschrift zu erlernen. Im Anschluß daran sollen Nachschriften aus allen Gebieten des Berufs- und Geschäftslebens angefertigt werden. Wiederholungen stattfinden, und die Redeschrift, die sich auf die Systeme der stenographischen Verkehrschrift aufbaut, soll in ihrer einfachen Form den Kursus abschließen. — Stenographischer Kreis. Der Verein will Stenographielustigen Personen, die aus irgendwelchen Gründen dem Vereine nicht angehören wollen, Gelegenheit geben, sich an der Hand einer stenographischen Unterhaltungszeitung weiterzubilden. 4 bis 5 Personen schließen sich zu einem Kreis zusammen. Die Zeitschrift wird dem 1. Leser zugestellt oder zur Monatsversammlung in Empfang genommen und wandert innerhalb bestimmter Zeiten von Hand zu Hand. Die jährliche Entschädigung für den Verein soll nur eine ganz geringe sein (2—3 M.). Ferner beschloß der Verein, die deutsche Stenographen-Zeitung und die Mitteilungen des stenographischen Landesamts in hiesigen Lokalen auszuhängen.

Hainsberg. Ueber das Schadenseuer am Freitag abend in der Thobelschen Papierfabrik wird von der Verwaltung der

selben mitgeteilt, daß das Feuer gegen 8 Uhr im Werkstattengebäude entstand und leicht größeren Umfang angenommen haben würde, wenn die Fabrikfeuerwehr sowie die Wehren aus der Umgebung und die städtische Feuerwehr von Dresden nicht sofort tatkräftig eingegriffen hätten. So konnte der Brand auf das Werkstattlager beschränkt werden. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Der entstandene Schaden (gegen 1 Mill. M.) ist durch Versicherung gedeckt. Insgesamt waren 10 Wehren am Brandplatze erschienen.

Dresden. Der Wiederzusammentritt der Landesynode, der für den 7. Februar in Aussicht genommen war, muß wegen des Eisenbahnstreiks bis auf weiteres verschoben werden.

Dresden. Präsident Fröhdorf eröffnete die Sitzung des Landtages am Donnerstag um 1 Uhr 15 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte er mit, daß, da am Freitag die Eisenbahn nicht verkehren werde, den Abgeordneten Staatsomnibusse nach Leipzig, Chemnitz, Zittau usw. zur Heimfahrt zur Verfügung stehen. Außerdem teilte Präsident Fröhdorf mit, daß anstelle des verstorbenen sozialdemokratischen Landtagsmitglieds Sindermann Bürgermeister Nitsche in den Landtag eingetreten ist. Das Haus tritt daraufhin in die Tagesordnung ein. Die Abstimmung über den demokratischen Antrag, die Zusammenkünfte der Minister aus Sachsen, Thüringen und Braunschweig betreffend, wird verlegt und auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung gesetzt. Das Haus wandte sich dann der 2. Beratung über Kap. 47, Gendarmerieanstalt — Errichtung von Dienst- und Wohngebäuden für die Gendarmerieabteilungen einschließlich Erwerbung von Grundstücken und Bauplänen — zu. Abg. Claus (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen und begründet den Antrag, zu beschließen, Kap. 47 für 1921 nach der Vorlage zu bewilligen; 2. für das Rechnungsjahr 1922 aber die Summe von 16 000 000 Mark auf 44 729 000 M. zu erhöhen. Nach kurzer Debatte wird der Gegenstand mit der Annahme des Ausschusses erledigt. Eingeschoben wird daraufhin die 2. Lestung der Regierungsvorlage betr. Bewilligung von insgesamt 39 Millionen Mark zur Besserung der Milchversorgung. Frau Abg. Büttner (Soz.) berichtete über die Ausschubarbeiten. Der Ausschuss beantragt, von den 39 Millionen 13 Millionen zur verbilligten Milchbelieferung an stillende Mütter, Kinder und Kranke und die übrigen 26 Millionen zur Hebung der Produktion zu verwenden. Nachdem die äußerste Rechte nochmals ihre ablehnende Haltung zu der Vorlage zum Ausdruck gebracht hatte, bezeichnete Minister Fellisch diese Haltung der Rechten als eine "Politik der gekrämpften Leberwurst". Die weitere belanglose Debatte ergibt schließlich die Annahme der Vorlage mit sozialistischer Mehrheit. Es folgt dann die 2. Beratung des Kap. 37 im ordentlichen Staatshaushaltplan, die "Sächs. Staatszeitung" betr. Der Haushaltsausschuss beantragte, die Einstellungen nach der Vorlage zu genehmigen. Die Aussprache war lang und ziemlich erregt. Der Komm. Grube zog gegen den Abg. Wirth (Soz.) wegen eines Artikels in der Staatszeitung zu Felde, den dieser über den Dresdner Eisenbahnstreik veröffentlichte. Abg. Wirth (Soz.) antwortete treffend, daß er sich vom Abg. Grube nicht vorschreiben lasse, was er schreiben, und wo er es veröffentlichen solle. Des Weiteren gab er eine Darstellung der Verhandlungen und Ereignisse, die zum ersten Eisenbahnstreik führten. Ministerpräsident Buch konnte ausführen, daß schon immer besser und reformierend auf die Zusammenfassung der Staatszeitung hingearbeitet worden sei. In einem Parteiorgan, wie es die äußerste Linke aber gerne wolle, könne die Zeitung aber nicht gemacht werden. Schließlich wurde der Antrag des Ausschusses angenommen. — Vorleeren Bänken erstattet dann bei der zweiten Beratung des Antrages Menke, die Erstattung verloren gegangenen Arbeitsverdienstes an Schöffen und Geschworene betr., der Abg. Weckel (USP.) Bericht über die Arbeiten des Rechtsausschusses. Der Antrag geht an den Rechtsausschuss zurück.

Dann wurden in circa 20 Minuten Arbeit 8 Kapitel der Staatshaushaltspläne ohne Aussprache angenommen. Eine längere Debatte zeitigte die erste Beratung eines Gesetzentwurfes über die Umwandlung der Lehrerseminare und Lehrerinnenseminare. Minister Fleißner begründete die Vorlage und hob hervor, daß die Umwandlung mit dem Schuljahr 1922/23 beginnen und bis zum Schluss des Schuljahres 1927/28 auch beendet sein muß. Er führte unter anderem weiter an, daß die deutsche Oberschule und Aufbauschule demnächst als neue zur Hochschule führende höhere Schule anerkannt wird. Der Abg. Arzt (Soz.) leitete die Aussprache ein und begrüßte die Vorlage als den Grundstein einer Reform des gesamten höheren Schulwesens. Der deutsch-nationale Abg. Dr. Rendtorff und der Volksparteier Dr. Hermann sprachen ihr Wohlwollen dem neuen Gesetzentwurf.

aus, behielten sich aber vor, berechtigte Kritik noch in dem Ausschüssen zu üben. Die Vorlage geht an den Ausschuß. Nächste Sitzung Donnerstag den 9. Februar.

Hohnstein (S. Schw.). Am Mittwoch nachmittag ereigneten sich auf zwei verschiedenen hiesigen Nobelbahnen zwei schwere Unglücksfälle. Die Verunglückten sind zwei Dresden Kinder, die sich vorübergehend hier aufhielten, und zwar ein elfjähriger Junge und ein zwölfjähriges Mädchen. Ein hiesiger Arzt leistete die erste Hilfe. Mitglieder des Samaritervereins Pirna brachten die beiden Verunglückten mittels Samariterautos ins Pirnaer Stadtkrankenhaus.

Schulz. Am Dienstag abend gingen hier dem Gutsherren Richter aus Hinterhermsdorf die Pferde durch und rannten in Hohhainerdorf, kurz vor der Brücke, an einen Baum. Der Schlitten wurde umgeworfen und die Insassen Richters Frau, seine Schwägerin und zwei Kinder, herausgeschleudert. Diese kamen mit dem Schreden davon, während Richter selbst zwischen die Pferde geriet und den Tod fand.

Neustadt. Schmuggler wurden hier beim Ueberschreiten der Grenze auf der Straße nach Neudörfel verhaftet. In ihrem Besitz befanden sich größere Mengen Leder usw. Sie wurden ins hiesige Amtsgericht abgeführt.

Bischofswerda. Der Konflikt zwischen der hiesigen Stadtverwaltung und dem Reichspostministerium wegen Erhöhung der Mietsumme für das der Stadt gehörige Postgebäude ist auf günstigstem Wege zur Erledigung gekommen. Das Reichspostministerium hat sich nun mehr bereit erklärt, für das abgelaufene Jahr noch 2100 M. Beiträge zu den Instandhaltungskosten für das Postgebäude zu zahlen.

Zittau. Die schwere Steuerbelastung, die die neuen Steuerverlagen für die produktiven Stände bringen, geht u. a. auch daraus hervor, daß allein der Ertrag der Umfahrtsteuer für die Stadt Zittau auf 20 bis 22 Millionen Mark geschätzt wird. Der Gesamtertrag im Reich ist auf 24 Milliarden Mark veranschlagt. Drückend wird weiter die neue Staatsgrundsteuer sowohl auf die Hausbesitzer wie auf die Mieter wirken. In Zittau wird diese Steuer den vierfachen Ertrag gegen früher bringen. Ein Grundstück, für das bisher 120 M. Steuer gezahlt wurden, muß nun 500 M. Steuer aufbringen. Da der Wirt die Steuer anteilig auf die Mieter legen kann, so unvermeidlich eine Mietzinserhöhung die weitere Folge.

Wesewitz. Am 28. Januar wurde bei einem hiesigen Landwirt Umlagegefechte entgegnet. Es ist dies die erste Enteignung im Bezirkverbande Döbeln. Der betreffende Landwirt erhält für das enteignete Gutreide nur die Hälfte des Umlagepreises.

Grimma. Einen unerwartet hohen Erlös dürfte die leistungsfähige Holzauktion in Grimma ergeben haben. Die Kauflustigen trieben die Preise derart in die Höhe, daß ein Meter Holz auf 300 M. kam.

Neiße. Die Nachbarstadt Neiße findet keinen Bürgermeister. Zweimal ist bereits vergeblich gewählt worden. Der zuerst Gewählte, Gemeindevorstand Klein aus Struppen, sagte kurz vor seinem Amtsantritt ab. Es wurde eine neue Wahl anberaumt, bei der am vorletzten Sonntag einstimmig Sparhosenkäffner Förlster aus Neukirchen bei Chemnitz gewählt wurde. Auch er hat seine erst gegebene Zusage wieder zurückgezogen.

Zwei Handwerksburschen, die die Schrift überbrachten, haben, waren wegen siegelhaften Benehmens aus der hiesigen Herberge zur Heimat verwiesen worden. Um, wie sie dachten, doch Nachklagen zu erhalten, schlügen sie kurzerhand in einem hiesigen Café die Schaufenscheibe ein. Sie erreichten so natürlich ihren Zweck, erhielten aber als unerwünschte Zugabe vor ihrer Festnahme noch eine derbe handgreifliche Lektion.

Gersdorf, Bez. Chemnitz. In einer vom Gemeindevorstand einberufenen stark besuchten Frauenversammlung wurde der Hebammenzwang bezw. die Sozialisierung einstimmig abgelehnt.

Hohenstein-Ernstthal. Die städtischen Kollegen bewilligten 72 000 M. für Schleusenbauten als Notstandsarbeiten.

Lichtenstein-C. Der städtische Zuschuß für die Stadtlippe wurde auf 12 000 M. erhöht. — Die Stadtvorordneten überwiesen einen Antrag der Linken auf Einführung der kommunalen Totenbestattung und der Leichmittelfreiheit sowie Abschaffung des Schulgeldes an die in Frage kommenden Ausschüsse.

Zwickau. Die Sozialdemokraten haben sich bei dem Entscheid des Ministers Lipinski bezüglich der Ungültigkeit der Stadtvorordnetenwahlen beruhigt und von einer Beratung an das Oberverwaltungsgericht abgesessen. Die neuen Wahlen sind auf den 12. März festgesetzt worden.

Plauen i. V. Vom Denkmalausschuß zur Errichtung

eines Denkmals für das Stammregiment 134 war ein Ge-
such beim Bezirksausschuss der Amtshauptmannschaft Plauen
eingegangen, für diesen Zweck einen nachhaften Beitrag zu
bewilligen. Vom Amtshauptmann Dr. Beschöner wurden
hierfür 3000 Mark vorgeschlagen. Die Sozialdemokraten
wandten sich gegen diese Ausgabe, und da sie die Mehrheit
hatten, mußte mit Ablehnung des Antrages gerechnet werden.
Auf einmal bekamen die Bürgerlichen Zugang von unabhän-
giger Seite, die erklärte, zustimmen zu wollen, wenn das
Denkmal in eine Anlage hineingebaut werde. So stand
schließlich das Abstimmungsverhältnis 4 : 4, und da der Amts-
hauptmann den Ausschlag gab, wurden die 3000 M. für das
134er-Denkmal bewilligt.

Die Denkschrift des Elends.

Die Denkschrift, welche die Reichsregierung am 28. Januar einem Vertreter unserer Gläubiger in Berlin übergeben hat, ist ein eindrucksvolles Bekennnis unserer Vize, bei welchem nur das eine zu bedauern ist — daß es nicht schon vor wenigen Monaten erfolgt ist. Schon damals stand die Unersättlichkeit des Londoner Reparations-Ultimatums vom 5. Mai 1921 absolu fest. In der Reparationskommission in Paris, die sich mit der deutschen Denkschrift alsbald beschäftigte, gab man sich den Anschein, in sicheren Erwartungen stark enttäuscht zu sein. Es ist aber unwahrscheinlich, daß französische und englische Finanzfachverständige ein so falsches Urteil von der deutschen Zahlungsfähigkeit haben konnten.

Sowohl in der Denkschrift die deutschen Finanzpläne erörtert worden sind, brachten sie für die deutsche Heilsfahrt nicht viel Neues. Wir wissen, daß wir für die Benutzung von Eisenbahn und Post das Mehrfache der noch vor wenigen Monaten geltenden Sätze zu zahlen haben, und daß eine starke Erhöhung des Trotzpreises bevorsteht. Auch daß die am 31. Januar von unseren Gläubigern gestellten Forderungen erfüllt werden würden, bedeutet keine Übererachtung. Die deutsche Note vom 28. Januar gibt die erwünschten Auskünfte über die Reichsfinanzen, über die beabsichtigte Reform der Reichsbank und über einige gewaltige Anstrengungen, die wir zur Erfüllung unserer Zahlungsfähigkeit zu machen gedenken. Sie erwähnt die kommende Anfangsanleihe von einer Milliarde Goldmark und kündigt einen Versuch an, weiterhin eine innere Anleihe auszuschreiben. Als vor zwei Jahren die Sparprämienanleihe ausgelegt wurde, war das Ergebnis sehr gering, obwohl der deutsche Kredit von damals turmhoch über dem Kredit von heute stand. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die beiden Anleihepläne überhaupt durchführbar sind, und ob bei ihrer Verwirklichung die deutsche Wirtschaft noch lebensfähig bleibt. Ein steht jedenfalls fest: Es angeht inig en oder ordentlichen Anstrengungen sind höchstens ein einziges Mal durchzuführen; werden wir zu ihrer Durchführung gezwungen, so droht uns der Verlust der Zahlungsfähigkeit für viele Jahre. Die einzige vernünftige Lösung der Reparationsfrage ist, daß unsere Gläubiger uns eine mindestens einjährige absolute Schonfrist gewähren, unserer Wirtschaftsenergie zu voller Entwicklung verhelfen und uns die Möglichkeit zur Aufnahme eines großen internationalen Kredits verschaffen.

Die deutsche Note vom 28. Januar ist eine Denkschrift des Elends. Wir führen auf Befehl unserer Gläubiger Maßnahmen durch, welche unsere einstige große Wirtschaftssquelle, die schaffende Arbeit, zu verschütten drohen. Es liegt ein unlöslicher Widerspruch darin, daß man uns zu erhöhten Zahlungen zwingen, andererseits aber vom Gelderwerb auf dem Weltmarkt ausschließen will. Ein Punkt charakterisiert besonders die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lage: Wir ruhten auf Wunsch der Verbandsmüchte auf die Gewährung von Erwerbslosen-Unterstützung durch das Reich verzichten und statt dessen eine „Arbeitslosenversicherung“ ins Auge fassen, bei der die zu zahlenden Beiträge vorwiegend von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Geht nun, — was leider mit ziemlicher Gewissheit zu erwarten ist, — der Beschäftigungsgrad unserer Wirtschaft zurück, so steigt die Zahl der Erwerbslosen und sinkt gleichzeitig die aus der Arbeitslosen-Versicherung hervorgehende Summe. Vermehrten Ansprüchen werden dann verminderte Geldbezüge gegenüberstehen! In vieler Beziehung werden die deutschen Angaben vom 28. Januar, die ja nach dem günstigen Konjunkturstand der letzten Monate berechnet sind, durch die Entwicklung über den Haufen geworfen werden. So werden die öffentlichen Gehälter und Löhne unter dem vermehrten Steuerdruck und unter der Brotversteuerung in die Höhe schnellen und die Ausgaben des Reiches erhöhen; andererseits droht infolge der bedrohenden schlechten Konjunktur ein Rückgang der Steuererträge. Die deutsche Note, ist sehr ernst und eindrucksvoll abgesetzt; ob sie aber die verhärteten Köpfe und Herzen der leitenden Verband-Staatsmänner erweichen wird, ist sehr die Frage.

Hunger und Seuchen in Osts-rußland.

Die Velden der schwergeprüften Verböllterung Ost-rußlands nehmen von Tag zu Tag in erschredendem Maße zu. Wenn vielfach in Westeuropa an dem Grade des in Ostrußland herrschenden Elends gezwitselt worden ist, so dürften die nunmehr bekannt gewordenen Schilderungen Ransens, sowie der Bericht der deutschen Sanitätsberedition diese Zweifel endgültig zerstreut haben. Man darf nicht vergessen, daß bei den ungeheuren Entfernungen, mit denen in Ostrußland gerechnet werden muß, die ausländischen Hilfsorganisationen ihre Tätigkeit vorläufig nur in den zugänglicheren Gebieten an den Flussläufen und Eisenbahnen ausüben können. Was in den von allen Verkehrsmitteln weit abgelegenen Gebieten vorgeht, entzieht sich nicht nur der Kenntnis des Auslandes, sondern auch die Sowjetregierung hat über den wahren Grad des dort herrschenden Elends nur sehr unzureichende Nachrichten. Die Sowjetpresse, die nur zu Beginn der Hungersnot am Anfang des vorigen Jahres die herelngebrochene Katastrophe zu verschweigen bemüht war, später aber rückhaltslos den völligen Zusammenbruch jeder Ernährungsmöglichkeit zugab, gibt neuerdings der Bevölkerung Ausdruck, daß in diesen abgelegenen verkehrssarmen Gebieten, bis zu denen keine Hungerhilfe durchdringen konnte, alles Leben längst erstorben ist. Von bolschewistischer Seite wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Bereitstellung von Saatlohn zur Frühjahrsbestellung für viele Gebiete ganz unnötig sein werde,

da die kümmerlichen Reste vor dortigen Bevölkerung viel zu entkräftet seien, um den Adler überhaupt noch bestellen zu können. Um furchtbarsten wird das Hungereleend durch die Tatsache charakterisiert, daß in der letzten Zeit sich die festgestellten Fälle von Kannibalismus mehren. Das Dorfomitee der gegenseitigen Hilfe für mehrere Kreise im Gouvernement Samara ist den Berichten über Genuss von Menschenfleisch nachgegangen und hat dieselben als wahr befunden. Im Dorfe Wolscha hat eine Frau ihre eben erst verstorbene Tochter teilweise verzehrt. In einem anderen Dorfe haben drei in einer Hütte hausende Familien die Leiche eines kleinen 18-jährigen Knaben geöffnet, die Eingeweide herausgenommen und nach oberflächliche Reinigung verzehrt. Später hat die ganze Knabenleiche zur Ernährung der Hungriigen herhalten müssen. Trotzdem eine der Frauen durch den Genuss des Menschenfleisches gestorben ist, entging ihre Leiche nicht dem gleichen Schicksal. Ein Sowjetbeamter, der kürzlich mehrere Gebiete Ostrußlands bereist hat, hat einzelne Landstriche als „Täler des Todes“ bezeichnet. Gefallene Pferde und Hundekadaver gelten der Bevölkerung als seltene Leckerbissen. Über den Todesgebieten kreisen nur noch vereinzelt kleine Schwärme von Krähen und Dohlen, die den verzweifelten Nachstellungen der Hungernenden entgangen sind.

Unter solchen Umständen finden natürlich alle erdenklichen Seuchen den besten Verbreitungsboden. An furchtbaren wüten, gefördert durch die gegenwärtige Winterkälte, Flecktyphus und Rückfalltyphus. Der Tod des Teilnehmers der deutschen Sanitätsexpedition Dr Gärtner, sowie eines Gliedes einer englischen Deputation, die beide am Flecktyphus verstorben sind, zeugt von der Gestigkeit der Epidemie. Wenn diese mit allei Desinfektionsmitteln verschenen Ausländer Opfer des Flecktyphus geworden sind, so kann man sich denken welche furchtbare Ernte die Seuche unter den entkräfteten, jeder Hygiene entbehrenden russischen Bauern halten muß.

Die französische Unersättlichkeit.

Man hat in Frankreich oft behauptet, daß diese Land einen gerechten Anspruch auf eine Kompensation dafür besitze, daß aus dem Plane eines französisch-englisch-amerikanischen Bündnisses als Sicherheit gegen einen neuen deutschen „Überfall“ auf die französischen Grenzen nichts geworden sei. Neuerdings ist aber aus einer Anzahl einwandfreier Stellen festgestellt worden, daß das Gerücht von dem Überfall auf Erfahrung beruht. Es ist ein dankenswertes Sammelwerk erschienen: „Der französische Nationalismus im Leben der dritten Republik“. In diesem Buch wird gezeigt, wie nicht nur jener Glaube an den Übergang dem französischen Volke allmählig beigebracht wurde sondern wie auch die Friedensverhandlungen allmählig zu einem Diktatseid geführt haben. Die Forderung, das ganze linke Rheinufer vom Deutschen Reich loszureißen, ist das Hauptziel der französischen nationalistischen Politik seit 1871 und ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Von der ersten Pariser Konferenz, welche die Delegierten der Siegerstaaten abhielten, bis auf heute, bis auf Poincaré, dringen die Franzosen auf besondere Garantien für Frankreich in welchen die Abtrennung des linken Rheinufers ein Hauptrolle spielt. Die von englischer und amerikanischer Seite dagegen geltend gemachten Einwände über die Entmischung Deutschlands und über die genügender Sicherheiten, die Frankreich schon erhalten hat, und noch erhalten wird, haben bis jetzt nichts geholfen und von Poincaré dürfte auch in Zukunft nichts Derartiges zu erwarten sein. Die Enthüllungen, die neuerdings aus den russischen Geheimarchiven über Poincaré, den „Vater des Krieges“, bekannt geworden sind haben in Frankreich bis jetzt kein Echo gefunden und wurden totgeschwiegen. Die französische Unerlässlichkeit hat in der Programmserklärung Poincarés einer klassischen Ausdruck gefunden; neue Sanktionen, neue Steuern, neue Garantien werden verlangt, und eine Politik der brutalen Gewalt ist angekündigt, mit der erhofften Riele der Losreißung des linken Rheinufers vom Deutschen Reich. Gegen diese Politik Poincarés dürfte nur eine wirklich nationale Politik der deutschen Regierung ein Gegenmittel bieten.

Die Saarbevölkerung und der Völkerbund.

Der Völkerbund in Genf hat sich in einer seiner letzten Sitzungen wieder einmal mit der Saarfrage beschäftigen müssen und hat auch die beiden Punkte erledigt, um die es sich handelte. Die deutsche Regierung hatte gegen die Begriffsbestimmung „Saareinwohner“ protestiert in der richtigen Ansicht, daß die Bewohner des Saargebiets vorläufig immer noch deutsche Untertanen sind. Man hatte aber diesen Begriff geprägt, damit auch zugehende Ausländer diese „Saareinwohnerschaft“ in kurzer Zeit erwerben könnten, um ihnen so das Wahlrecht zu geben. Das Abstimmungsrecht im Jahre 1935 können diese nicht erwerben, aber man will mit diesen „Saareinwohnern“ die propagandistische Unterlage schaffen, die auch in Oberschlesien gegen die deutschen Interessen und gegen die deutsche Abstimmungsmehrheit mit Erfolg in Anwendung gekommen ist; man will in 45-jähriger Tätigkeit künstliche Scheingründe gegen die zu erwartende deutsche Abstimmungsmehrheit im Saargebiet aufrichten. Obwohl nun dieser neue Begriff von sämtlichen örtlichen Vertretungen im Saargebiet einstimmig abgelehnt wurde, ist er doch von der Interalliierten Regierungskommission zur Einführung gebracht worden. Die gesamte Saarbevölkerung hat dagegen Protest beim Völkerbund einlegen lassen; dieser Protest wurde aber vom Völkerbundrat verworfen. Den Bericht darüber hatte, und das ist bezeichnend für die Entwicklung dieser deutschen Angelegenheit, das chinesische Mitglied des Völkerbundrates. Dieses machte sich natürlich das Referat leicht und erklärte, daß die Verordnungen der Regierungskommission dem Völkerbundrat keine Veranlassung zum Einschreiten gäbe. Ferner sagte er, daß die Regierungskommission auf Grund des Versailler Vertrages gezwungen gewesen sei, den Begriff des „Saareinwohners“ genau zu umgrenzen. — Die Mel-

nung der Saargebietbevölkerung ist demnach von dem angeblich so demokratischen Böllerbund völlig unberachtet gelassen worden. Man hat nicht einmal die Vertretung der Bevölkerung bei der Versprechnung dieser Frage angehört. Gleichzeitig beschloß der Böllerbund, und zwar hinter verschlossenen Türen, daß die bisherigen Mitglieder der Interalliierten Saarregierung noch ein weiteres Jahr auf ihren Posten zu verbleiben hätten, obwohl die Bevölkerung in wiederholte Protesten dem Böllerbund mitgeteilt hat, daß die Regierungskommission kein Vertrauen in der Bevölkerung besitzt. Man hat das alles ganz einfach ignoriert; das Land wird weiter autokratisch, also französisch verwaltet.

Die letzten Reden der englischen Staatsmänner.

In der letzten Woche haben Churchill und Lloyd George auf dem Tag der englischen Wahlkamftsliberalen in Westminster Aussichten erregende Worte gehalten, von denen man wohl sagen kann, daß sie den fundamental britischen Standpunkt klar gelegt haben. Der Grundton dieser Reden war: Es ist nötig, die Weltwirtschaft in Ordnung zu bringen; es muß der Weltfrieden wieder hergestellt werden. Um gegen Poincaré eine unerschütterliche Mehrheit zu haben, hat Lloyd George zunächst die Frage der Neuwahlen in England in der Schwebe gelassen. Zur gegebenen Stunde aber darf man sicher sein, daß er die englische Volksmeinung der französischen gegenüberstellen wird, um zu zeigen, daß er gegen Frankreich doch das ganze England hinter sich hat. Die Haltung Lloyd Georges beweist eigentlich, daß es ihm diesmal mit der Sache des europäischen Friedens doch ernst ist. Er hätte zunächst mit seinen beiden großen Erfolgen in der englischen Politik, dem irischen Frieden und der Konferenz in Washington, die beste Gelegenheit, sich eine liberale Mehrheit im Lande durch Neuwahlen zu verschaffen. Er will aber den Zeitpunkt der englischen Parlamentswahlen selbst bestimmen, um auch dann eine Waffe gegen Frankreich in der Hand zu haben. Er ist für Handelsfreiheit und Frieden in der Welt, als den augenblicklichen Hauptfordertungen, eingetreten. Rimm man hinzu, daß Churchill die gemeinsame Kampffront des Bürgertums gegen die Sozialisten proklamiert hat, so zeigt sich das Bild der augenblicklichen Stimmung in den regierenden Kreisen Englands. Lloyd George hat auch dem jetzigen Völkerbund ungeschminkt das Zeugnis ausgestellt, daß er lange nicht genug Vertrauen in der Welt genieße, um etwas Durchgreifendes schaffen zu können. Über Lloyd George fehlt doch schließlich der Blick in die Tiefe der wirtschaftlichen Zusammenhänge ganz offenbar. Sonst würde man nicht eine Konferenz nach der anderen berufen und inzwischen Europa verbluten lassen. Denn das tut Europa; hat es Lloyd George doch selbst in seiner großen Rede in Westminster gesagt. Er appelliert darin auch an die Vernunft und an den alten Geist der Brüderlichkeit, der der ganzen menschlichen Gesellschaft zugrunde liegt. Er ruft zu freundshaftlichem Zusammenwirken auf und erhofft von Genua eine neue Ära der wirtschaftlichen Politik in Europa. Ob sich alle diese Hoffnungen Lloyd Georges erfüllen werden, ist ja bei der bekannten Haltung Poincaré fraglich, angesichts der ja auch Amerika eine Teilnahme an der Konferenz in Genua ablehnen wird.

Wie es in den Wald hineinschallt . . .

Das heuchlerische Gewinsel der Sowjetgewal' haben um Linderung der russischen Hungernot mit Hilfe des „bourgeoisen“ Büller des Westens hat noch nicht aufgehört. Es ist daher mehr als pro e. l. weckt die verbrecherischen Sowjetheiligen, der „gewaltige“ Trotzki selbst, eine ebenso geschmädrost heftige, wie für die Mentalität der Bolschewisten bezeichnende Absage an die verhaftete Bourgeoisie der alten Welt wie indirekt auch der neuen Welt richtet. Auf einer Konferenz der Arbeiterjugend hielt Trotzki eine Rede, in der er u. a. saute:

sagte:

„Die Sowjetrepublik und das bürgerliche Europa sind mit zwei geschworenen Feinden zu vergleichen, die zusammen das Abteil eines Eisenbahnzuges beitreten, bestensicht von dem Gedanken, daß nur einer von den beiden am Leben bleiben darf, und jeder bereit, den anderen aus dem Fenster zu werfen. Es vergeht eine halbe Stunde, und dies ist noch nicht gelungen, vielleicht müssen sie noch eine halbe Stunde zusammen fahren. Man muß es sich also irgendwie bequem machen und die Koffer unterbringen. Aber sie bleiben beständig doch gleichzweise Feinde. So müssen wir eine Zeitlang mit den Bourgeoisie-Staaten leben. Ob es für uns viel Nutzen hat, nach Genua zu gehen, mag zweifelhaft sein, aber es ist zu bemerken, daß Frankreich, das immer erfüllt hatte, es werde sich nicht an einen Krieg mit uns sezen, zuerst kapituliert hat, und jedenfalls werden wir nichts verlieren, wenn wir auf der größten internationalen Konferenz, die je einberufen worden ist, mit mehreren Gruppen gleichzeitig verhandeln können.“

Das ist der Bolschewisten-Standpunkt für Genua. Kann man es unter diesen Umständen den „verruchten“ Staatsführern der Großmächte, die heute in Wahrheit die Macht der Welt in ihren Händen halten, übel nehmen, wenn sie mit Österreich versfahren, wie es ihm zufolgeamt? Der scharf präzisierte Beschuß des amerikanischen Kabinetts, sich an der Konferenz von Genua nicht vertreten zu lassen, richtete sich nicht allein gegen den unentwegten verderblichen Offensivgeist der französischen Politik, sondern ausdrücklich auch gegen Sowjetrußland, mit dem man nicht eher verhandeln könne, bis es nicht den größten Teil seiner („roten“) Armee abgerüstet habe und Garantien für die Bildung einer stabilen Regierung aussstellen könne. Eine ähnliche bemerkenswerte lateinische Antwort wurde den russischen Führern von England aus in der für Wuhland hochalutten Frage nach Gewährung eines eng-

Die russische Abteilung der Londoner Handelskammer hat eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, eine neue Kreditalition zugunsten Russlands sei nur möglich, wenn die Grundsätze des Privatbesitzes und der Freiheit der Person in Russland anerkannt und ihre Durchsetzung ermöglichten würde. Die amtliche Anerkennung der Sowjetregierung durch die britische Regierung solle nicht erfolgen.

vor diese Bedingungen durch die Sowjetregierung erfüllt seien. Daher sei es durchaus unerwünscht, daß die Frage weiterer Kredite an die russische Regierung aufgeworfen werde.

Englands blutige Vergangenheit.

Die Briten sind, wenn man sie selbst hört, die „humansten Leute“ auf der weiten Welt. Sie führen stets ein frommes Wort im Munde, sie halten sich für das ausgewählte Volk auf Erden, blicken mit Beachtung auf alle „Fremden“ herab und alles, was sie tun, geschieht nur zur höheren Ehre Gottes. Betrachtet man aber nur einmal die englische Kolonialgeschichte, so sträuben sich einem die Haare.

So spotteten die Schandtaten, welche die Engländer 1857 aus Unzufriedenheit des indischen Aufstands begingen, jeder Beschreibung, und die Heder sträubt sich, die schrecklichen Einzelheiten niedergeschreiben. Oberst Nicholson ließ 40 gefangene Indianer vor die Mündung von Kanonen binden. Viermal gaben 10 Kanonen Feuer, wobei sie die Umgebung mit unsäglichen zerfetzten Stücken der Toten bedekten, über denen eine von dem verbrannten Fleisch verpestete Atmosphäre lagerte. Am 30. Juli wurden 1237 Gefangene erschossen, und 50 andere verhungerten und erstickten im Gefängnis. Am 28. August wurden von 870 Sepahis, die aus Lahore flohen, 650 ohne Erbarmen niedergemacht. Am 23. September stieß General Hudson nach der Einnahme von Delhi drei Prinzen der königlichen Familie, die sich ihm ergeben hatten, nachdem er ihnen befohlen, die Brust zu entblößen, durch Revolverschüsse nieder. 300 Gefangene wurden bei derselben Veranlassung gehängt oder erschossen. Am 16. September bedekten in Lucknow die Leichen von 2000 erschossenen Sepahis einen Raum von 150 Meter im Quadrat. Nach dem Gemetzel in Agra und Oberst Neill die Verurteilten, bevor er sie dem Galgen überließ, jeden Blutspritzer, der sich noch in dem Hause, wo das Gemetzel stattgefunden hatte, vorsand, mit der Zunge abzulecken. Vom Standpunkt der Indianer war dies die schimpflichste Entehrung vor dem Tode. Während der Expedition in Centralindien folgten sich die Hinrichtungen der Gefangenen unaufhörlich, und unter dem Knattern der Gewehre „sanften“ ganze Mauern von Menschenfleisch zur Erde“. Bei Gelegenheit der zweiten Belagerung von Lucknow wurde am 9. März 1858 einer der unglücklichen Gefangenen von den Briten unter den Augen der englischen Offiziere lebendig geröstet. An 12 Gefechtsstagen wurden 3000 Ratschäfts erschossen und gehängt und auch die Verwundeten nicht geschont. Zu Anfang des Jahres 1859 schätzte man die Zahl der hingeschlachteten eingeborenen Offiziere und Soldaten auf 120 000 Mann neben 200 000 Zivilpersonen, die für ihre, manchmal gewiß zweifelhafte Teilnahme an dem Aufstand mit dem Leben büßen mussten.

Sogar im englischen Parlament selbst protestierte Gladstone mit Recht gegen diese eines Volks, das für ein zivilisiertes gelten will, unvorsichtige Wiedervergeltung. Tadel hatten die armen Indianer weiter nichts getan, als sich gegen ihre brutalen Unterdrücker entwirkt, die ihre Herrschaft über das unglückliche Land nur mit Blut aufrechtihielten und mit den unmenschlichsten Mitteln sowiel Geld wie möglich aus ihm herausprechen. War es doch früher ein von den englischen Steuerbehörden häufig angewandtes Mittel, die Indianer zur Zahlung der Steuer dadurch zu zwingen, daß man die Brüste der indischen Frauen zwischen hierzu besonders konstruierte Preßern schraubte und den unglaublichen Opfern durch unerhörtes Zusammenschrumpfen die entsetzlichsten Qualen verursachte. Infolge dieser unmenschlichen Folterungen war der Brustkrebs unter den Frauen Indiens eine unheimlich häufige Krankheit. So sieht die englische Kolonialpolitik im Lichte der Geschichte aus! Und dieselben Engländer, welche all diese Schandtaten begangen haben, erfreuen sich, uns Deutsche der Barbarei zu beschuldigen, weil wir uns gewünscht haben, uns zur Wehr zu setzen! Das Beste aber ist, daß wir die Zusammenstellung obiger Schrederstaten während des indischen Aufstands dem Buche eines Franzosen — Jules Verne — entnehmen.

Jubiläumsfeiern!

Altzeit und Neuzeit.

Alle Jahre feiert man jetzt eine Menge mehr oder weniger großer Jubiläen zum Gedächtnis irgend eines Ereignisses. Weit größer noch ist die Zahl der Jubiläen einzelner Ereignisse lokaler oder privater Art, und sei es auch nur das 25-jährige „Jubiläum“ eines Beamten oder Angestellten, der treulich ein halbes Leben lang seine Pflichten verrichtete. Die schöne Sitte hat nach dieser Richtung hin gewiß einen Wert, aber mehr und mehr wird diese schöne Sitte übertrieben. Man hört nicht nur von 25-jährigen „Met-Jubiläen“, sondern auch zehn- und sogar fünfjährige Jubiläen werden schon eifrig gefeiert. Da und dort wird den Dienstboten, die 5 Jahre in einer Stellung ausgehalten haben, seitens gemisser Vereine ein Diplom für Treue in der Arbeit“ feierlich überreicht. Freilich ist die Welt anders geworden, aber man irrt, wenn man annimmt, daß die Jubiläumsfeierei erst in der Neuzeit entstanden ist. Schon die alten Griechen feierten

die Geburtstage, besonders natürlich jene ihrer Könige und ihrer Götter. Das war auch bei den alten Römern so, und sie sind es, von denen die Jubiläumsfeiern eigentlich ausgehen, zunächst durch die „Säularfeste“, die Kaiser Augustus zur Feier des Kaiserreiches im Jahre 17 v. Chr. einführte. Auch ein „Stadtjubiläum“ wurde zum erstenmal in Rom gefeiert, und zwar im Jahre 47 n. Chr. auf Veranlassung des Kaisers Claudius zum 800. Geburtstag Roms. Die erste große und allgemeine Jubiläumsfeier, welche die Welt erlebt hat, fand aber erst 247 statt in Erinnerung an das 1000-jährige Bestehen der ewigen Stadt. Die Christenheit hat ihr erstes Jubiläum im Jahre 1300 gefeiert. Papst Bonifacius VIII. versprach allen denjenigen Pilgern Vergebung der Sünden, die nach Rom an die Gräber der Apostel wallfahren würden. Das sollte alle 100 Jahre geschehen. Clemens VI. setzte die Frist aber auf 50 Jahre herauf. Damit war mit der bisherigen Sitte der Säularfeiern gebrochen, man feierte also bald auch andere Ereignisse schon nach 50 Jahren und nach 25 Jahren, und nicht, wie neuerdings, nach

100 Jahren und werden jubiliert Minna und Christel, wenn sie auch nur fünf Jahre bei ihrer Herrschaft aushalten.

Verjährung von Schulden.

Eine juristische Betrachtung.

Es gibt noch immer viele Menschen, die ihren Außenständen und Gläubigern allzuwenig Beachtung schenken. Unständige Menschen werden sich ja nie durch einen Hinweis auf „Verjährung“ von ihrer Schuld befreien, allein anständige Menschen sind es wohl kaum, die es überhaupt so weit kommen lassen. Also nehme man keine Rücksicht auf solch säumige Zahler, sondern wahre sein gutes Recht, indem man durch schleunige Einreichung einer Klage oder auch durch Antrag auf Ausschaltung eines Zahlungsbefehls oder endlich auch durch Herbeführung einer Abzahlung oder Erwirkung eines schriftlichen Schuldanerkenntnisses die drohende Verjährung seiner Forderung unterbricht. Nach dem Gesetz unterscheidet man eine dreifache Verjährungsfrist. Ein Darlehen verjährt erst, in 30 Jahren, rein geschäftliche Forderungen, z. B. die eines Fabrikanten oder Großisten an Wiederverkäufer oder solche, die das gelaufene Material weiter verarbeitet, in vier Jahren, Ansprüche aber, die z. B. Kaufleute, Arzte, Anwälte, Handwerker usw. ihren Privatkunden gegenüber haben, bereits in zwei Jahren. Die Frist beginnt mit Ende des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist. Besonders sei darauf hingewiesen, daß bloße Mahnbriefe gar nichts nützen, ebenso wenig Zahlungsaufforderungen durch einen Rechtsanwalt. Auch sei auf eine wichtige Rechtsgerichtsentscheidung hingewiesen, nach welcher, wenn nur ein Teil dieser Forderung gerichtlich geltend gemacht wird, nur dieser Teil vor Verjährung geschützt wird, nicht aber die übrige Forderung. Wichtig ist auch zu merken, daß durch die Unterbrechung der Verjährung die Sache nun durchaus nicht für alle Ewigkeit reguliert ist; es beginnt vielmehr, diesmal aber vom Tage der Unterbrechung ab, eine neue Verjährungsfrist von wieder nur zwei bzw. vier Jahren! Es sei denn, daß die Forderung „ausgelagert“ wurde. Dann verjährt das vollstreckbare Urteil erst nach 30 Jahren. Endlich sei geraten, sich seltenfalls durch angebotene „Vergleichsverhandlungen“ irremachen zu lassen. Sie ziehen sich gewöhnlich, und nur zu oft absichtlich, bis über die Verjährungsfrist hinaus — und dann ist man der Hinterfallene!

Scherz und Ernst.

△ Eine wichtige Unfallentscheidung. Unfälle, die sich beim Anlegen der Arbeitskleider ereignen, sind entschädigungspflichtig. In diesem Sinne hat das Bayrische Landesversicherungsamt entschieden. Eine Arbeiterin erlitt einen Knochenbruch des linken Fußes infolge Ausgleitens, als sie, um die Betriebsarbeit aufzunehmen, sich zunächst in eine Kammer begeben hatte, wo sie die gewöhnliche Arbeitskleidung mit einem anderen Gewande zu vertauschen im Begriffe stand. Hierin hat das Landesversicherungsamt die begrifflichen Merkmale eines entschädigungspflichtigen Betriebsunfalles erblieben. Nach anerkannten Rechtsgrundlagen, so führt das Landesversicherungsamt aus, sind Unfälle, die sich aus Anlaß der Angriffsannahme oder auch der Beendigung der Arbeit im unmittelbaren Anschluß daran innerhalb der Grenzen der Betriebsstätte ereignen, in der Regel dem unfallversicherungspflichtigen Betrieb zuzurechnen. Auch der Wechsel der Kleidung gilt danach als eine Betriebstätigkeit, wenn er zum Zwecke der Aufnahme der Arbeit oder nach deren Beendigung an der Betriebsstätte vorgenommen wird. Der Einwand der Vertragsgenossenschaft, daß es sich ja nicht um das Anlegen einer eigenen Berufskleidung, wie sie beispielsweise Schornsteinfeger zu tragen pflegen, gehandelt habe, der bloße Austausch der besserem mit der gewöhnlichen Arbeitskleidung aber nur eigenwirtschaftlichen Interessen entsprungen ist, wurde als stichhaltig nicht betrachtet.

△ Versendung von Pogenstroh. Der Verkäufer von Pogenstroh, der das Stroh auf der Bahn verlädt, ist, falls nichts anderes vereinbart ist, nach Handelsbrauch verpflichtet, das Stroh auf den Eisenbahnwagen mit besonderen Decken gegen Regen zu schützen. Während und nach dem Kriege ist von der Eisenbahn ausnahmsweise gestattet worden, Hen- und Strohladungen ohne Decken zu versenden, doch mußte dies bei Verkäufern stets vereinbart werden, damit der Empfänger aus dieser Verladung keine Rechtsansprüche an den Verkäufer zu stellen berechtigt war.

* Das hohe Porto. Unter dieser Überschrift macht der nachstehend abgedruckte Inhalt einer Karte die Runde durch einen Teil der Zeitungen: „Lieber Freund! Ich wünsche Dir ein gesundes neues Jahr, ein frohes Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfest, gratuliere Dir zum Geburtstag, zu Deiner etwaigen Verheiratung, event. zur Ankunft Deiner Sprößlinge. Sollte ein unvorhergesehenes Glück eintreten, so spreche ich Dir auch hierzu meinen Glückwunsch aus. Diese Karte hat 50 Jahre Gültigkeit. Tausend Grüße Dein alter Freund Max.“

* Welche Erträgnisse die Zellstoff-Fabriken abwerfen, so schreibt die „Wormser Zeitung“ (Nr. 26 vom 14. Januar), geht mittelbar aus dem Bericht hervor, den der Aussichtsrohrsitzende der Kofheimer Cellulosefabrik, Geh. Kommerzienrat Dr. Brostien, kürzlich in der in Mannheim abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung des Unternehmens erststattet hat, die sich mit dem großen Brand in der Kofheimer Cellulosefabrik und dessen wahrscheinlichen Folgen auf das Geschäftsergebnis zu beschäftigen hatte. Bekanntlich ist der durch den Brand verursachte Verlust so bedeutend, daß er beinahe die Hälfte des Aktienkapitals aufzehrt. Trotzdem hofft man, nach den Ausführungen des Berichtstellers, daß für das nächste Jahr mit einem Gewinn zu rechnen sei. Das bedeutet mit anderen Worten, daß infolge der hohen Zellstoffpreise nicht nur die verlorene annähernde Hälfte des Aktienkapitals im nächsten Jahre wieder herbeigebracht werden kann, sondern daß darüber hinaus auch noch ein Gewinn erzielt werden wird. Das ist der beste Beweis dafür, daß die

Zellstoffpreise zurzeit auf einer unverantwortlichen Höhe stehen.

Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Ebenstein.

(25. Fortsetzung.)

Bernhardine preßte zornig die Hände zusammen. „Undere! Meinst du diese Wildenmark? O Bernd, was ist aus dir geworden? Was kann ... was hast dir diese Frau heute noch sein?“ „Nichts“, murmelte er, während sein Blick unsäglich wurde und ein gequälter Ausdruck in seine Augen trat. „Nichts, natürlich! Aber ich habe da eine Säule vor mich geladen ... zu spät ist es mir klar geworden — und diese ...“

„Du — eine Säule?“

„Ja! Und damit du mich endlich verstehst, will ich es dir klar zu machen versuchen. Ich habe Irene's Leben aus dem Gleichgewicht gebracht — vielleicht zerstört, — indem ich sie in einer Stunde bitterer Aufwallung verließ und eine andere heiratete. Sie liebte mich. Sie trug ihr hartes Schicksal, an diesen kranken, reizbaren, oft brutal werdenden Mann gebunden zu sein, mit erhabener Geduld. Wo tausend andere ihm längst die Treue gebrochen hätten, da hielt sie aus wie eine Heilige. Selbst mir, den sie liebte, und von dem sie sich geliebt wußte, gestattete sie nicht die allerleinste Vertraulichkeit. Über eine solch übermenschliche Entzagung konnte sie nur auf sich nehmen, weil sie unverrückbar wie die Sonne einen Tag vor sich sah, da auch ihrem armen Herzen das Glück auf sie werden würde. Ein reines, vorwurfsfreies Glück an meiner Seite! — Und diese Hoffnung habe ich zerstört. Ja — sie ließ mich damals gehen — aber es gelang im Unrat über meines Vaters ihr plötzlich klar geworden zu haben. Schon am nächsten Tag bereute sie, nahm traurig alles zurück, schwor, mir treu zu bleiben, wärte ich einst auch als Bettler um sie ...“

„So! Dies alles hat sie dir nachträglich gestanden?“ warf Bernhardine ironisch ein.

„Nicht mit klaren Worten, nur andeutungsweise.“

„Aber wenn dich ihre Andeutungen so rührten, warum ließ jener Neubtrieb dich damals fort? Warum hast du trotzdem ...“

„Ich habe diesen Brief nie erhalten.“

Die alte Hofdame, die sich plötzlich daran erinnerte, daß Ruth durch einen in Hardings Schrank gefundenen Brief Irene's die Wahrheit erfahren hatte, schwieg. Bernd aber stand auf und wanderte unruhig durch das Gemach.

„Begreifst du nun, daß ich — wenn auch unabsichtlich — eine Säule auf mich geladen habe?“

„Nein, Bernd, das verstehe ich nicht!“ gab seine Tante lippeschütteln zurück.

„Ich habe ihrem Leben den Halt genommen. Wenn sie in Schmerz und Enttäuschung sich heute an den Nächsten verlieren will, vielleicht nur um zu vergessen oder um sich zu trüben, so wäre es meine Säule! Darum muß ichbleiben und ihr ein stilles Halt sein, bis sie über diese Krise ihres Lebens hinaufgekommen ist. Sie wird es! Sie wird entsagen lernen wie ich. An meinem Beispiel wird sie es lernen! Ihr Mann kann ihr nicht helfen, denn er war ihr nie etwas, und sein Leiden würde ihn allein schon hindern, ihr überalbhin zu folgen. Aber ich kann es, muß es! Eist dann, wenn Ihre Seele wieder das schöne Gleichgewicht von früher gefunden hat, ist meine Mission zu Ende. Dann mögt ihr mich in Gottesnamen zu Reuttenstein begraben.“

Er hatte schnell und flüssig gesprochen, als habe er sich all das schon tausen al vorgesagt. Bernhardine sah ihn sprachlos an. Redete er sich das denn im Ernst ein? War es möglich, daß ein so kluger Kopf wie Bernd so maßlos verbündet sein könnte? Genüg, er war immer ein großer Idealist gewesen, besonders in Bezug auf Frauen, die er wenig kannte und darum stets überzählig oder unterzählig. Aber dennoch erschien es ihr unmbiglich, ihn ernst zu nehmen.

„Ich dachte, die Don Quixotes seien heutzutage ausgestorben“, sagte sie endlich trocken. „Du beweist mir das Gegenteil.“

„Tante Dina!“ fuhr er hastig auf.

Sie sah ihn fest an. Dann lächelte sie verächtlich.

„Rege dich nicht auf! Mich überzeugt du doch nie mit al deiner spitzindigen Logik. Für mich liegen die Dinge sehr klar: entweder du glaubst all das, was du mir da sagst — dann bist du ein Narr! Oder du redest es dir nur ein und siehst diese Erfollette — dann bist du ein schlechter Mensch!“

„Mit welchem Recht nennst du Irene, die du doch gar nicht kennst, eine ...“

„Kolette? Sie ist es, verlaß dich darauf, mein Engel! Entweder ist eine Frau rein und tugendhaft, dann braucht sie keinen, dr sie vor Törichten zurückhält. Oder — sie ist es eben nicht! Und das sage ich dir: Eine Frau, die neben ihrem noch lebenden Mann — mag er ihr selbst aufgeworfen worden sein — schon nach einem andern ausblidet, ist eine schlechte Frau. Bernd, ich habe dich aufgezogen, als wäre du mein eigenes Kind — aber heute schäme ich mich meiner Erziehung, da ich sehe mich, wie wenige Willenskraft und sitzliche Halt ich die einzulöscher verstand. Könnst du denn nicht selbst, daß deine Argumente falsch, deine Lage schändlich, dein Tun gefahren ist?“

(Fortsetzung folgt.)

Peckes Nachrichten

Der Streik ein gefährlicher Schritt.

Im Volke herrscht im allgemeinen gegen den Streik der Eisenbahner grohe Erbitterung. Selbst die SPD rückt vom Streiken ab. So schreibt der „Vorwärts“ u. a.:

In Gewerkschaftskreisen ist man sich darüber klar, daß dieser gefährliche Schritt durch eine falsche Anwendung und Überspannung des gewerkschaftlichen Prinzips seitens der unzulänglich geleisteten Reichsgewerkschaft verursacht ist. Wenn die Beamten durch Streikdrohung und Streik ihre Gehälter selber festsetzen könnten, so wäre dies nichts anderes

als das Ende des Staates und auch das Ende aller sozialistischen Bestrebungen. Die Ordnung im Staatshaushalt und in den öffentlichen Betrieben ist eine Lebensfrage für das ganze Volk, nicht zuletzt auch für die Arbeitersklasse. Es muss offen ausgesprochen werden, dass ohne diese grundsätzliche Einigkeit der Beamtenchaft eine Verständigung, die erzielt werden muss, nicht möglich wäre. Ein Auskämpfen des Konflikts bis zum Neuersten ist aber ein Unheil, das verhindert werden muss.

Die Spurenverbände beim Reichskanzler.

Berlin, 3. Februar. DWB meldet: Heute nachmittag empfing der Reichskanzler die Spurenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen, mit denen in Anwesenheit der befallenen Ressorts eine eingehende Aussprache über die Streiks stattfand. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spurenverbände einen Aufruf zur Beendigung des Streiks erlassen. Im Anschluss an diese Besprechung wurde im Beisein von Vertretern der Gewerkschaften der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes empfangen, nachdem er dem Reichskanzler die ausdrückliche Erklärung abgegeben hatte, dass er den Streik ablehne und dass er das Vorgehen der Reichsgewerkschaft missbillige. Der Reichskanzler sagte an, dass die Erörterungen mit den Spurenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbefriedung alsbald fortgesetzt werden sollen.

Die Einschränkung der Seerüstungen.

Washington, 3. Februar. Das Abkommen über die Einschränkung der Seerüstungen bestimmt die Gesamttonnagen aller Einheiten erster Klasse, die jede Macht besitzen kann. Darnach beträgt die gesamte Tonnage dieser Einheit für Amerika 500 650 Tonnen, für England 580 540 Tonnen, für Frankreich 221 170 Tonnen, für Italien 182 800 Tonnen und für Japan 301 320 Tonnen. Sobald das Abkommen in Kraft tritt, müssen alle anderen Einheiten erster Klasse zum alten Eisen geworfen werden. Anderseits verpflichten sich hinsichtlich des Erfahres die Mächte, die nachfolgende Gesamttonnengabe nicht zu überschreiten: Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika je 525 000 Tonnen, Japan 315 000 Tonnen, Frankreich und Italien je 170 000 Tonnen. Außerdem wird das Höchstkaliber der Geschütze der Einheiten erster Klasse festgesetzt. Das Abkommen schließt auch eine Vereinbarung bezüglich der Befestigung der Inseln im Stillen Ozean in sich. Der Vertrag soll bis zum 31. Dezember 1936 stillschweigend fortlaufen, wenn nicht 2 Jahre vorher eine Macht den Wunsch geäußert hat, ihn aufzuhören zu lassen. In diesem Falle bleibt der Vertrag noch 2 Jahre vom Tage der Bekanntgabe dieser Absicht an in Kraft.

Der "Wendepunkt"

in den französisch-englischen Beziehungen.

London. Der diplomatische Vertreter des "Daily Chronicle" teilt mit, dass die Antwort des Foreign-Office auf die zwei Noten Poincarés, die den vollständigen französischen Standpunkt in internationalen Angelegenheiten entwickeln, abgegangen sei, und dass diese vollkommen klar mache, dass der französische Standpunkt sich keineswegs mit demjenigen Englands decke. Bezüglich des französisch-englischen Schutzvertrages lehne England gegenüber der Forderung regelmäßiger Beratungen zwischen den Stäben wie der Ausdehnung der Garantien auf das Rheinland und die neutrale Zone ab. Über sein ursprünglich gemachtes Angebot hinauszu gehen. Und auch in der Frage des nahen Ostens bleibe der englische Standpunkt ein vollkommen unveränderter. In der englischen Note gelange zum Ausdruck, dass die Unterhandlungen mit Frankreich nunmehr einen Wendepunkt erreicht hätten.

Sattelohse,
3 Jahr alt, sowie eine hochtrag.
Ruchtfuh

Neben zu verkaufen oder auf
Schlachtkrippe zu verkaufen bei
Max Koller, Obercarsdorf.

Dreschmaschinen-
Oel

jeweils hämische
Maschinen, Waschinen-Oel usw.
wie auch alle anderen einschlägigen
Werkzeug empfiehlt L. Befannier Güte
Germann Hammel,
Dresdner zum Elefanten,
Dippoldiswalde.

Billenfarten & Jahn

**Inserieren Sie
in der "Weiherich-Zeitung"!**

und Sie werden Ihre Waren los, denn die
"Weiherich-Zeitung" ist die vertrauteste Zeitung in
Stadt und Land

Für die Gemeindebehörden!
**Quittungen über verwendete
Steuermarken**

hat wieder vorzeitig
Carl Jahn, einzige Buchdruckerei am Platz.

Ende April dieses Jahres
erwartet der polnische Minister Ozonowicz die Übergabe der staatlichen Macht in Polnisch-Oberschlesien auf Polen.

Die Sonntag-Abstimmung des Konklaven
hatte nach Meldungen aus Rom wieder kein Resultat. Man
hofft das diesmal erwartet und spricht bereits überall von
der langen Dauer der Konklave.

Die Telegraphenarbeiter Berlins
traten am Sonnabend geschlossen in den Streik. Die Post-
arbeiter verfehlten den Dienst zur Stunde noch weiter und es
scheint, als bestreite bei ihnen keine Streikneigung. Der sogenannte Aufzendienst ist lahmgelegt.

Handgranaten-Affent in einem Eisenbahntunnel.

Stuttgart, 3. Februar. Im Feuerbacher Tunnel ist
gestern abend auf einen vollbesetzten Arbeiterzug durch Legen
von Handgranaten auf die Schienen ein verbrecherischer Un-
schlag verübt worden. Eine Handgranate explodierte, ohne
Schaden anzurichten, eine zweite blieb geladen liegen. Der
Täter wurde beobachtet, entkam aber im Dunkel des
Tunnels.

Vom Eisenbahnerstreik.

Berlin. Der Reichsverkehrsminister teilte mit, dass der
Streik des Lokomotivführers und Zugpersonal sich auch auf
Mecklenburg ausdehne. Der Süden ist bis auf Baden strei-
frei. Auf Einwirkung der Spurenorganisationen der Gewer-
kschaften auf die Streitenden hat die Reichsgewerkschaft den
Streik nicht aufgegeben. Auch der deutsche Eisenbahnerverband
hat den Streik nicht aufgegeben bis auf Magdeburg, wo die
Ortsgruppe D. E. V. den Streik abgetragen hat. Der Not-
betrieb kommt weiter in Gang.

Dresden. Sonnabend und Sonntag trat die Technische
Not hilfe in Tätigkeit zur Vornahme der lebenswichtigen
Transporte. Entgegen anders lautenden Meldungen hat die
Technische Not hilfe den gestellten Anforderungen zur vollen
Zufriedenheit entsprochen. — Infolge des Kohlen- und Milch-
mangels in Leipzig ist die Technische Not hilfe auch dort an-
gefördert worden und tritt heute Montag in Tätigkeit. —
In Chemnitz ist die Lage ungeläufig, indem die Streitenden
sich zu den Milch- und lebenswichtigen Transporten selbst
bereit erklärt haben. — In der Umschauptaumanschaft Bautzen
trat die Technische Not hilfe in Tätigkeit, z. B. zwischen Zittau
und Bischofswerda.

Mainz. Die Eisenbahngeneraldirektion Mainz hat auf
Anordnung der Interalliierten Kommission den Erlass des
Reichspräsidenten, der den Streik der Eisenbahner unter schwere
Strafe stellt, zurückgewiesen müssen.

Stuttgart. Bei Besprechungen des Staatspräsidenten
mit den Lokomotivführern erklärten letztere, dass, wenn es der
Reichsregierung nicht bald gelingt Verhandlungen mit der
Reichsgewerkschaft anzubauen, die im Süden bisher ein-
genommene ruhige Haltung sich nicht mehr aufrecht erhalten
lässt.

Hamburg. Beim Laden und Entladen der Dampfer im
Hafen entstehen bereits Schwierigkeiten.

Bezirk Kassel. Im Industriebetrieb sorgen Kraftwagen
für den Verkehr. Im Braunkohlegebiet steht der Betrieb, da
leere Wagen nicht herangebracht werden können.

Hannover meldet Belästigung Arbeitswilliger.

Karlsruhe. Am Sonntag wurde die Einstellung des
gesamten Eisenbahnverkehrs dadurch veranlaßt, dass das
Lokomotivpersonal in den Streik trat und die Weichensteller
sich anschlossen. Das übrige Personal bewahrt Ruhe.

Berlin. Die Reichs-Gewerkschaft hat am Sonnabend
abend zu der anberaumten Verhandlung am heutigen Mon-
tagvormittag zu verlaufen. Zu ersuchen
in der Geschäftsstelle.

tag Stellung genommen und das Verhandlungsmandat be-
reitgestellt. Die Gewerkschaft überträgt. Wie der Lokalange-
hört, soll gegen diese Mandatsübertragung von gewerkschaf-
licher Seite Protest erhoben werden.

Frankfurt a. M. Am heutigen Montag fährt der
D. Zug 41 fahrplanmäßig nach Berlin, aber nur zur Be-
förderung von Reichs- und Landtagsabgeordneten für die
Dienstag beginnenden parlamentarischen Verhandlungen.

Stadtbahnabreise zu Dresden, am 3. Februar. Mitt. Rittersteig
Weizen 420 bis 425, Roggen 323—328, Sommergerste, 329
bis 380, Hafer 323—330, Rape, trocken, 720—750, Mais 39
bis 365, Weizen 500—550, Rapsinen, blonde, 320—360, Rapsine
grau, 440—480, Weizenstroh 440—480, Kleine gelbe Erdbeeren 450 bis
480, Rottiere, alter, 1500—2100, neuer 2500 bis 2900, Zwiebel-
zwerg 230—240, Roggen- und Weizenstroh 40 bis 45, Sojafrüchte
bis 55, Weizenstroh, rot, weiß, 135—145, Weizenstroh, weiß,
145—150, Weizenstroh 220—225, Roggenstroh 225—230
Roggensemme 430—465, Weizenstroh 535—600.

Schlachtviehprije auf dem Viehhof Dresden am 2. Februar 1922.

Art tier	Wertklassen	Preise für 50 kg in den Lebend- Gewicht
1. Rinder: A. Ochsen.		
1. Vollfleische, ausgemästete, höch- ste Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	1050—1150	1900—2100
2. Junge, fleischige, nicht ausge- mästete, ältere ausgemästete	900—1000	1750—1850
3. Mäßig gesündigte junge, gut ge- sündigte ältere	600—700	1300—1500
4. Gering gesündigte jung. älter	400—500	1000—1200
B. Kühe.		
1. Vollfleische, ausgewachsene, höchster Schlachtwertes	1050—1150	1800—2000
2. Vollfleische jüngere	900—1000	1550—1750
3. Mäßig gesündigte jüngere und gut gesündigte ältere	550—650	1200—1400
4. Gering gesündigte Kühe	400—500	950—1150
C. Kalben und Rühe.		
1. Vollfleische, ausgemästete Kalben höchster Schlachtwertes	1050—1150	1900—2100
2. Vollfleische ausgemästete Rühe höchster Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	900—1000	1750—1850
3. Kütere, ausgemästete Rühe und gut entwölzte jüngere Rühe und Kalben	700—800	1550—1700
4. Gut gesündigte Rühe und mäßig gesündigte Kalben	500—600	1200—1500
5. Mäßig und gering gesündigte Rühe und gering gesündigte Kalben	350—450	1000—1200
II. Rinder.		
1. Doppelrinder		
2. Beste Mait- und Saugkalber	1400—1500	2250—2400
3. Mittlere Mait- und Saugkalber	1250—1350	2050—2200
4. Geringe Rinder	1050—1150	1825—2000
III. Schweine.		
1. Mähdämmer und jüngere Mait- dammer	1050—1125	2100—2250
2. Weitere Mähdämmer	900—1000	1950—2050
3. Mäßig gesündigte Mähdämmer und Schafe (Weißschafe)	600—800	1400—1700
IV. Schweine.		
1. Vollfleische der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren	1750—1850	2225—2350
2. Fleischschweine	1900—2000	2400—2525
3. Fleischliche	1500—600	2050—2150
4. Gering entwölzte	1350—1400	1900—2000
5. Sauen und Eber	1500—1700	2000—2225
1110	Geschäftsgang: Rinder, Schweine gut. Wissnahmeprije über Rott. Ueberstand: 4 Ochsen, 1 Kuh, 3 Rühe.	

Geschäftsgang: Rinder, Schweine gut. Wissnahmeprije über
Rott. Ueberstand: 4 Ochsen, 1 Kuh, 3 Rühe.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.

Geschäftsmarkt Dippoldiswalde vom 4. Februar 1922.

Aufgetrieben wurden 31 Tiere, verkauft wurden 22 Tiere
zum Preise von 150—350 M.